

Frieden / Bildung

Rat ö 01.09.2009

Verlagerung der Schießstände an Osnabrücker Schulen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)(TOP 5 d)

Beratungsverlauf:

Frau Jacobsen begründet den Antrag namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie verweist auf die Beantwortung einer Anfrage ihrer Fraktion in der vergangenen Sitzung, aus der hervorgegangen sei, dass sich in zwei Osnabrücker Schulen Schießstände auf Schulgelände oder in Schulgebäuden befinden. Sie äußert die Vermutung, dass Übereinstimmung darüber bestehe, dass Schießstände an Schulstandorten ausgeschlossen sein sollten. Sie legt dar, dass die Initiative ihrer Fraktion sich keinesfalls gegen das Brauchtum und den Schießsport als solchen richte, sondern lediglich die Örtlichkeit betreffe. Sie stellt fest, dass der Änderungsantrag der SPD-Fraktion in die gleiche Richtung ziele.

Frau Winkler legt dar, dass tatsächlich bis zur Erteilung der Antwort der Verwaltung in der vergangenen Ratssitzung der Standort von Schießständen an Osnabrücker Schulen nicht bekannt gewesen sei. Sie spricht sich für die Zustimmung zu dem vorliegenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion aus, da hierdurch zunächst Gespräche mit den Betroffenen initiiert werden sollen.

Herr Peters macht namens der SPD-Fraktion deutlich, dass an keinem der Standorte eine akute Gefährdungssituation bestehe. Er unterbreitet namens der SPD-Fraktion den folgenden Änderungsantrag: „Sofern sich aus historischen Gründen Schießstände an Schulstandorten befinden, ist zur Frage ihres Verbleibs die örtliche Gemeinschaft zu beteiligen. Die Verwaltung wird beauftragt, zu Gesprächen zwischen den betroffenen Schulen und Schützenvereinen einzuladen, um eine einvernehmliche Lösung zu erzielen.“

Er stellt ebenfalls fest, dass im Rat kaum jemandem Kenntnisse über die beiden Schießstände an Schulstandorten vorgelegen haben. Das Vorhandensein sei auf historische Entwicklungen zurückzuführen. Im Interesse der betroffenen Schüler, Schulen und Schützenvereine solle die entsprechende Situation überprüft werden.

Herr Dr. E. h. Brickwedde verweist auf einen Zeitungskommentar in dieser Angelegenheit, der festgestellt habe, dass von den beiden genannten Einrichtungen keinerlei Gefahr ausgehe. Er verweist auf die wichtige gesellschaftliche Aufgabe der Schützenvereine und deren sehr umfangreiche Jugendarbeit. Er spricht sich dafür aus, dem Antrag der SPD-Fraktion zu folgen und mit den Betroffenen in entsprechende Gespräche einzutreten.

Herr Hagedorn spricht sich gegen die Annahme des Änderungsantrages der SPD-Fraktion aus und sieht hierin die Gefahr, das Anliegen des Antrages seiner Fraktion zu bagatellisieren. Er ruft dazu auf, die erforderlichen Gespräche ernsthaft zu führen.

Frau Thiel verweist darauf, dass die Schützen im Stadtsportbund und im niedersächsischen Sportbund organisiert seien. Herr Hus fordert, die bei Eltern bestehenden Ängste ernst zu nehmen und hebt abschließend hervor, dass in der Regel Schießstände nicht an Schulstandorten angesiedelt sein sollten.

Herr Ratsvorsitzender Thöle führt sodann die Abstimmung über den schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion wie folgt herbei:

Abweichender Beschluss:

Sofern sich aus historischen Gründen Schießstände an Schulstandorten befinden, ist zur Frage ihres Verbleibs die örtliche Gemeinschaft zu beteiligen. Die Verwaltung wird beauftragt, zu Gesprächen zwischen den betroffenen Schulen und Schützenvereinen einzuladen, um eine einvernehmliche Lösung zu erzielen.

Beratungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen. Der abweichende Beschluss wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**.

Sachstandsbericht 20.10.2009

Die erforderlichen Gespräche werden derzeit terminiert. Nach Abschluss wird die Verwaltung dem VA berichten.